

Mattias Mieres

MAGAZIN



Der Neue Wehrdienst – Ein Spannungsfeld zwischen Freiwilligkeit und Pflicht

Wie muss der Wehrdienst in Deutschland heute beschaffen sein, damit er modern, gerecht und sicherheitspolitisch verlässlich ist? Diese Frage beschäftigt uns, weil sie verteidigungspolitisch zentral ist. Sie ist aber auch eine wichtige Frage für die Gesellschaft insgesamt und vor allem für die jungen Menschen in unserem Land.

Wir wollen diesem hohen Anspruch gerecht werden, indem wir ab 2026 zunächst die Anreize für einen freiwilligen Dienst deutlich erhöhen. Zentral ist dabei, den freiwillig Wehrdienstleistenden den

Status von Soldaten auf Zeit zu geben. Das bringt eine Besoldung von rund 2300 Euro netto mit sich, und erweiterte Angebote für Weiterbildungen. Ich sehe schon heute, also ohne diese zusätzlichen Anreize, dass die Zahl der Freiwilligen und der neu eingestellten Berufssoldaten 30% über dem Vorjahr liegt. Das lässt mich optimistisch auf 2026 und einen erneuten, deutlichen Anstieg schauen. Denn mit den Fragebögen, die von den jungen Männern ab Jahrgang 2008 verpflichtend ausgefüllt werden müssen, wird es auch Informationen zu den Potentialen

des Wehrdienstes geben.

Bei den aktuellen Diskussionen in der Regierung, zwischen den Fraktionen und auch innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion dreht sich alles um die Frage: Was passiert, wenn sich 2026 doch nicht genug Freiwillige gemeldet haben? Wie können wir dann in den Jahren ab 2027 zusätzlich junge Menschen zum Dienst in der Bundeswehr verpflichten, ohne den Dreiklang „modern-gerecht-verlässlich“ aufzugeben? Die verpflichtende Musterung aller 18-jährigen Männer ab Sommer 2026 ist dabei nicht der Streitpunkt. Aber was passiert,

wenn die Zahl der dann erfassten, wehrtüchtigen jungen Männer den Bedarf der Bundeswehr deutlich überschreitet?

Hier kam in den letzten Wochen das s. g. Losverfahren in die Verhandlungen zwischen SPD und Union. Es folgte – meiner Meinung nach zurecht – eine heftige Diskussion, auch in der SPD-Fraktion. Ein solches Verfahren mag juristisch gerecht sein, aber ich lehne das ab. Und die Mehrheit der Bevölkerung und vor allem der jungen Menschen tut das auch. Wie soll ich, sollen wir zwei Brüdern, der eine 18, der andere 19 erklären, warum einer von ihnen Wehrdienst oder eine Art Ersatzdienst leisten muss, der andere jedoch nicht, da nicht „ausgelost“ wurde?

Was wäre die Alternative? Ich persönlich sehe neben weiterer Erhöhung von Anreizen zur Freiwilligkeit zwei Auswege, die nach meiner Meinung fair und gerecht sein könnten:

1. Die Bundeswehr mustert die jungen Männer der jeweiligen Jahrgänge und stellt die wehrtüchtigen unter ihnen vor eine ähnliche Wahl wie beim früheren Wehrdienst. Also die Wahl zwischen dem Dienst in der Bundeswehr und einem Ersatzdienst. Für den Fall einer Anzahl von Rekruten, die den Bedarf und die Kapazitäten nach heutigem Stand überschreiten, müsste man aber schon jetzt mit entsprechenden Erweiterungen von Kapazitäten und vor allem der (schnelleren) Reaktivierung von Bundeswehr-Standorten

beginnen. Kusel wäre da ein gutes Beispiel aus unserer Heimat.

2. Junge Frauen und junge Männer bekommen gleichermaßen die Wahl zwischen einem verpflichtenden Jahr im ökologischen oder sozialen Dienst, einem Dienst bei der Bundeswehr oder beim nicht-militärischen Bevölkerungs- und Katastrophenschutz.

Ich finde es gut und richtig, dass es jetzt an uns im Bundestag ist, über die besten Lösungen für alle noch offenen Fragen und möglichen Konzepte zu verhandeln. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee und da stehen wir auch bei einem Neuen Wehrdienst in der Pflicht.

Neues aus dem Wahlkreis

Die Sportmilliarde startet: Anträge ab 10. November möglich!

Der Bund unterstützt mit dem neuen Programm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ die dringend nötige Modernisierung der Sportinfrastruktur vor Ort. Kommunen können bis zum 15. Januar 2026 digital Anträge stellen! Mit einer Milliarde Euro aus dem Sondervermögen Infrastruktur sendet die Bundesregierung ein wichtiges Signal für den Breitensport.

Die wichtigsten Eckpunkte des Programms:

- Fördersumme zwischen 250.000 € und 8 Mio. € pro Vorhaben
- der Bund übernimmt 45 % der förderfähigen Kosten (bei Kommunen im Nothaushalt 75 %)
- möglich sind Sanierungen von Hallenbädern, Freibädern, Sporthallen und Sportplätzen – in Ausnahmefällen auch Neubauten
- die Sanierung vereinseigener Anlagen ist in Abstimmung mit der Kommune möglich

Intakte Sportstätten sind das Fundament für Bewegung und Begegnung. Sie halten gesund, stärken den Zusammenhalt und ermöglichen den Vereinen ihre wichtige Arbeit.

Mein Team steht Antragstellern bei Interesse und für matthias.mieves@bundestag.de zur Verfügung. Alternativ www.bbsr.bund.de/SKS2025.



weitere Informationen per E-Mail unter matthias.mieves@bundestag.de gibt es weitere Informationen unter www.bbsr.bund.de/SKS2025.



Hier war ich auch (Teil 1):



Mobiles Büro in Hochspeyer



Stefan-Morsch-Stiftung in Birkenfeld



Mobiles Büro in Otterberg



Polizeiinspektion in Kirchheimbolanden



Parfümerie Kauth in Eisenberg



Westpfalz-Klinikum in Kirchheimbolanden

Lea Schuler – Mein Praktikum bei Matthias Mieves



Mein Name ist Lea, ich bin 18 Jahre alt und komme aus Kaiserslautern. Bevor ich nach den Sommerferien in die 13. Klasse komme und der Abiturstress richtig losgeht, habe ich die Zeit genutzt, um ein freiwilliges Praktikum bei Matthias Mieves zu absolvieren. In meiner Freizeit bin ich gerne sportlich aktiv, unterstütze die freiwillige Feuerwehr und interessiere mich außerdem sehr für Politik.

Während des Praktikums war ich hauptsächlich mit dem mobilen Büro unterwegs. Das heißt viele neue Orte und vor allem spannende Gespräche. Das mobile Büro war immer gut besucht und viele Bürgerinnen und Bürger kamen mit konkreten Anliegen, bei denen meistens direkt geholfen werden konnte. Dazu kamen noch besondere Termine zum Beispiel im Altenheim in Schöneberg-Kübelberg, wo uns die Mitarbeiter die tolle Einrichtung gezeigt haben oder bei der Firma Bosch in Homburg, bei der wir eine Führung durchs Werk bekommen haben. Zum Abschluss begleitete ich Matthias bei einem Interview mit der Rheinpfalz. Mit diesem Interview endete auch mein Praktikum.

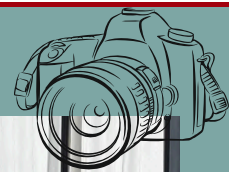
Da ich mich schon seit längerem sehr für Politik interessiere, habe ich mir von dem Praktikum einen besseren Einblick in den Alltag eines Abgeordneten erhofft. Meine Erwartungen wurden übertroffen. Ich konnte viele neue Menschen kennenlernen und interessante Gespräche führen.

Besonders in Erinnerung geblieben ist mir der Besuch im Altenheim in Schöneberg-Kübelberg, dort wurden wir sehr herzlich empfangen und alle Mitarbeitenden waren mit viel Herzblut dabei.

Insgesamt konnte ich viel aus dem Praktikum mitnehmen, sei es aus Gesprächen mit SPD-Mitgliedern, die ich kennenlernen durfte oder aus Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern. Vor allem habe ich gelernt dass, es als Politiker nicht bedeutet, immer sofort eine Lösung parat zu haben, sondern den Menschen zuzuhören und sich ihrer Probleme anzunehmen.

Ich bedanke mich bei Matthias und seinem tollen Team für die spannende Erfahrung.

Hier war ich auch (Teil 2):



Burg Hohenecken



Bürgersprechstunde in
Rockenhausen



Austausch mit Vertreterinnen der
Migrationsberatungen in
Kaiserslautern



Zoar-Manufaktur in Kaiserslautern



Meliva MVZ in Kaiserslautern



Stadtwerke Kaiserslautern



Jahreshauptversammlung der
Ärztlichen Kreisvereinigung in
Kaiserslautern



Personalversammlung der US-
Zivilbeschäftigten in Sembach



Zukunftsforum der SPD-
Kaiserslautern



Medienecho zu meiner politischen Arbeit:

DIE RHEINPFALZ

KAISERSLAUTERN

R Plus Ärztemangel: Sind Medizinische Versorgungszentren die Zukunft?



Im Pfaff-Ärztelhaus betreibt Meliva ein MVZ mit drei Praxen. Im Bild der SPD-Bundestagsabgeordnete Matthias Mieves mit MVZ-Geschäftsführerin Johanna Brabänder.

Foto: Claudia Schneider

Hat die gute alte Arztpraxis ausgedient, wird es bald nur noch Medizinische Versorgungszentren geben? Was im Meliva MVZ auf dem Pfaff-Gelände in Kaiserslautern anders läuft.

„Ohne Medizinische Versorgungszentren (MVZ) wird es in Zukunft nicht mehr gehen. Einzelpraxen finden so gut wie keine Nachfolger mehr.“ Das hat Matthias Mieves, SPD-Bundestagsabgeordneter, bei einem Besuch des Meliva-Standortes auf dem Pfaff-Gelände betont. Die Meliva MVZ Westpfalz GmbH betreibt im neuen Pfaff-Ärztelzentrum in der Lina-Pfaff-Straße drei angemietete Praxen, für Orthopädie, Radiologie sowie Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde. Meliva ist Teil des finnischen Gesundheitsdienstleisters Mehiläinen, hinter dem Finanzinvestoren wie CVC Capital Partners in Luxemburg stehen. Die Praxen sind hell, verfügen über eine moderne Ausstattung und neueste Geräte.

Mieves, der in Berlin im Gesundheitsausschuss sitzt, ist beeindruckt. „Sehr schick, top Standard.“ Solche Investitionen könnten sich Übernehmer von 30 Jahre alten Einzelpraxen in der Regel gar nicht leisten, sagt der Politiker. Das Problem sei, dass sich viele junge Ärzte nicht mehr selbstständig machen wollen, lieber im Team arbeiten, wo ihnen beispielsweise ein IT-Spezialist zur Seite steht, geregelte Arbeitszeiten inklusive. „Das funktioniert nur in großen Einheiten“, so Mieves.

Deutsche Apotheker Zeitung

Politik Wirtschaft Pharmazie Apothekenpraxis Recht Spektrum Fortbildungen Service

Medikationsplan und Co.: Kein Erfolg ohne persönliche Beratung

Die Digitalisierung gewinnt immer größere Bedeutung im Apothekenalltag. Was in Kürze noch auf die Teams zukommt, wie die Politik den Druck auf die Softwarehersteller erhöhen will und welche Nachbesserungen es beim E-Rezept geben soll, erläutert der SPD-Gesundheits- und Digitalpolitiker Matthias Mieves im Interview mit der DAZ.

Das kanadische Gesundheitssystem

Viele digitale Angebote, wenig Interoperabilität

Vor Ort wollte Matthias Mieves (SPD) erfahren, warum Kanada bei E-Health-Rankings immer einen der oberen Plätze belegt. Doch obwohl der erste Kontakt bei Krankheit immer digital ist, offenbart das System an vielen Stellen seinen Reformbedarf. Denn Interoperabilität gibt es bisher kaum.

DIE RHEINPFALZ

KAISERSLAUTERN

„Wir sind das Stadtbild“: Fotoaktion auf dem Schillerplatz



Etwa 100 Menschen versammelten sich auf dem Schillerplatz und skandierten »Wir sind das Stadtbild«.

Foto: Martin Kling

Mieves: „Klar eine Grenze überschritten“

Auch SPD-Politiker Matthias Mieves war da. Er ist Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis 208, zu dem Kaiserslautern gehört. Er sagte: „Mir war es wichtig, hier heute dabei zu sein, um ein Zeichen zu setzen. Ich wehre mich gegen jegliche Diskriminierung und Vorverurteilung von Menschen, die allein aufgrund ihres Aussehens oder ihrer Herkunft stattfindet.“

Angesprochen auf mögliche Differenzen innerhalb der Regierungskoalition betonte Mieves: „Grundsätzlich bin ich immer engagiert, wenn es darum geht, konkrete Probleme zu lösen, auch wenn es darum geht, die Regierung und Koalition zusammenzuhalten. Es gibt aber auch einzelne Punkte, bei denen es darum geht klarzumachen, was grundsätzlich sagbar ist und was nicht. Hier wurde von Herrn Merz klar eine Grenze überschritten. Deshalb ist es für mich auch wichtig, ein Stoppschild aufzuzeigen und zu sagen, so geht es nicht.“

Die Aussage des Kanzlers zum Stadtbild sei zu pauschal und damit diskriminierend gegenüber einer Gruppe von Menschen gewesen, die man nicht alle über einen Kamm scheren könne. Mieves: „Wir haben vereinzelt ein Problem mit Menschen, die sich danebenbenehmen. Diese sind unterschiedlichen Aussehens und unterschiedlicher Herkunft, auch deutsche Staatsbürger.“

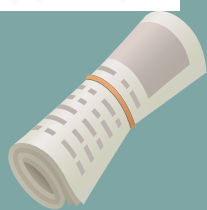
Interview Matthias Mieves

»Es wird immer schwieriger, eine Apotheke am Leben zu halten«

Im PZ-Interview kommentiert der SPD-Bundestagsabgeordnete Matthias Mieves die Eckpunkte der Apothekenreform und erklärt, warum Apotheken eine Art Gesundheitscoaches sind. Zudem äußert er sich zu seiner Offenheit für mehr Dialog mit Apotheken und der Pharmaindustrie.



»Wir sind sehr offen für gute Vorschläge aus der Apothekerschaft, wenn es jetzt um die konkrete Ausgestaltung des Gesetzes geht«, sagte der SPD-Abgeordnete Matthias Mieves gegenüber der PZ. / © Christian Schneider



Neues aus Berlin

Was verbirgt sich hinter der neuen Grundsicherung?

Die neue Grundsicherung zielt darauf ab, die Rückkehr in den Arbeitsmarkt zu fördern, die Erwerbsaufnahme zu erleichtern und die Leistungsgewährung transparenter zu gestalten. Es geht um starke Unterstützung und langfristige Vermittlung, die treffsicherer und gerechter ist.

- Wir halten am Prinzip der Solidarität fest: Wer in Not ist, dem wird geholfen. Für Leistungsbeziehende, die sich um Mitwirkung bemühen, ändert sich nichts.
- Solidarität geht in beide Richtungen. Daher regeln wir die Rechte und Pflichten in der neuen Grundsicherung verbindlicher und setzen auf mehr Mitwirkung und spürbare Konsequenzen bei Nicht-Mitwirkung.
- Wir stärken die Jobcenter bei der Vermittlung in Arbeit, beseitigen Vermittlungshürden und weiten die Möglichkeiten dafür aus, Arbeit, statt Arbeitslosigkeit zu fördern.
- Mit dem Leistungsbezug geht die Pflicht einher, die eigene Hilfebedürftigkeit zu beenden, also eine Arbeit aufzunehmen oder an Maßnahmen teilzunehmen. Die sogenannte Arbeitsverweigerer-Regelung wird wirkungsvoller und praxistauglicher ausgestaltet, das heißt, es wird in Zukunft schneller und pragmatischer sanktioniert.



Hier war ich auch (Teil 3):



MKT in Weilerbach



SPD-Mitgliederehrungen in
Kaiserslautern-Siegelbach



Austausch mit den
Arbeitsagenturen in
Kaiserslautern



Was ist wichtig im Rentenpaket 2026?

Wir kümmern uns um eine stabile und gerechte Rente. Dabei bleibt die gesetzliche Rente die wichtigste Absicherung im Alter. Wir stärken aber auch die betrieblichen und flexiblen Elemente.

- Wir sorgen für eine verlässliche Alterssicherung: Mit der Absicherung des Rentenniveaus (sog. Haltelinie) in der gesetzlichen Rente sichern wir deren Leistungsfähigkeit, auch für jüngere Generationen.

- Mit der Stärkung der Betriebsrente sorgen wir dafür, dass noch mehr Menschen künftig ein zusätzliches Einkommen im Alter erhalten.
- Die Erziehung eines jeden Kindes ist gleich viel wert. Deshalb heben wir die Mütterrente für alle auf dasselbe Niveau an.
- Mit der Aktivrente machen wir freiwilliges Weiterarbeiten über die Regelaltersgrenze deutlich attraktiver.
- Wir reformieren die private Altersvorsorge - sie wird attraktiver, einfacher und unbürokratischer. Mit der Frühstartrente beginnen junge Menschen bereits frühzeitig mit der Altersvorsorge.



Was steckt hinter dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaschutz?

Das Sondervermögen in Höhe von bis zu 500 Milliarden Euro soll zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur (Verkehr, Digitalisierung, Schule, etc.) und zur Erreichung der Klimaneutralität ermöglichen.

- Das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität ermöglicht massive Investitionen von Bund, Ländern und Kommunen – unter anderem für die Sanierung von Schulen und Kitas, Bahnstrecken und Straßen, Forschung und Digitalisierung. Damit setzen wir eine langjährige SPD-Forderung um – das ist unser gemeinsamer Erfolg!
- Aus den Mitteln des neuen Sondervermögens, dem Klima- und Transformationsfonds sowie dem eigentlichen Kernhaushalt stellen wir für 2025 insgesamt rund 116 Milliarden Euro für Investitionen bereit – so viel wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Wir steigern die Investitionen im Vergleich zum Jahr 2024 um über 50 Prozent. Wir investieren, um Wachstum, Sicherheit und Wohlstand zu ermöglichen.
- Das Kriterium der Zusätzlichkeit ist eindeutig definiert: Die Investitionsquote im Kernhaushalt muss in allen Jahren immer über zehn Prozent liegen. Dies wird mit dem Haushalt 2025 klar umgesetzt – und dies werden wir auch in den kommenden Haushalten konsequent umsetzen.
- Mit dem Dreiklang aus Investitionen, Reformen und Konsolidierung ebnen wir den Weg für ein modernes und sicheres Deutschland. Wir entlasten Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen, schaffen die Grundlagen für höheres Wachstum und mehr Beschäftigung, treiben den Kampf gegen den Klimawandel voran und investieren in die Sicherheit unseres Landes.



Hier könnt ihr mich treffen:



08. November, ab 10:00 Uhr: Regionalverbandskonferenz der SPD-Pfalz in Dirmstein

17. November, ab 16:00 Uhr: Mobiles Büro „Matthias schafft für dich“ in Siegelbach

18. November ab 16:00 Uhr: Mobiles Büro „Matthias schafft für dich“ in Mehlingen

19. November, ab 19:00 Uhr: Veranstaltung des SPD-Ortsverein Relsberg-Einöllen-Hefersweiler in Hefersweiler



Bundeswehrstandort in Kusel für Reaktivierung geeignet

Das Bundesverteidigungsministerium hat mitgeteilt, dass durch die geplante Vergrößerung der Streitkräfte deutschlandweit neue Bedarfe an Standorten für die Bundeswehr entstehen.

Die sogenannte Konversion – also die Umwandlung von ehemals militärisch genutzten Liegenschaften in eine zivile Nachnutzung, wird deshalb an 187 Standorten angehalten. Unter den Standorten, die sich im Eigentum der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) befinden und die grundsätzlich für eine Nutzung durch die Bundeswehr geeignet sind, ist auch die ehemalige Uffz-Krüger-Kaserne in Kusel.

Der Landtagsabgeordnete Oliver Kusch und ich begrüßen, dass die Liegenschaft als möglicher Standort für eine erneute militärische Nutzung aufgenommen wurde. Gemeinsam werden wir uns weiterhin für die Reaktivierung der Bundeswehr in Kusel einsetzen.

Telefonsprechstunde

18. November 2025
(Dienstag)
13:30 - 15:00 Uhr

Anmeldung unter:
matthias.mieves.wk@bundestag.de
oder 0151 10377531



Mein Café Tipp

Fee & Tee Café

Wo gibt es leckeren Kaffee, Kuchen, Snacks und noch ein paar besondere Extras? Genau das alles habe ich im Fee & Tee Café in der Lautrer Innenstadt entdeckt. Dort gibt es nämlich leckere Klassiker genauso wie vietnamesische 🇻🇳 Kaffee-Kreationen in heiß und kalt. Genauso schmackhaft und kreativ ist die Kuchenauswahl. Bei meinem Café-Test habe ich mir ein Stück vom Schoko-Kokos-Kuchen geschnappt. Und der hat so richtig gut geschmeckt. Das Fee & Tee ist der ideale Zwischenstopp bei einem herbstlichen Spaziergang oder vorweihnachtlichen Shopping-Ausflug. Klare Empfehlung für eine gemütliche Zeit in der Lautrer City.

Fee & Tee Café
Schneiderstr. 15
67655 Kaiserslautern



yumm!



Richard-Wagner-Straße 1
67655 Kaiserslautern

0631 69550 / 0151 10377531
matthias.mieves.wk@bundestag.de
www.matthiasmieves.de

Bahnhofstraße 3a
67806 Rockenhausen

Matthias Mieves
Bundestagsabgeordneter
für die Westpfalz

